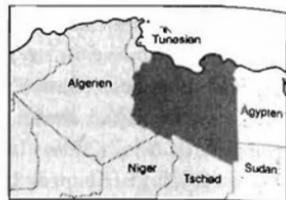


Libyen

Andreas Dittmann



Offizieller Name:	Arabisch-Libysche sozialistische Volks-Jamahiriya (al-Jamâhîryya al-Arabyya al-Libiyya ash-Shabiyya al-Ishtirâkiyya)
Staatsform:	"Jamahiriya" (Volksherrschaft)
Unabhängigkeit:	24.12.1951 (von UN-Verwaltung / Italien)
Nationalfeiertag:	1. September (Jahrestag der Revolution 1969)
Hauptstadt:	Tripolis
Lage:	Nordafrika
Fläche:	1.754.540 qkm (Weltrang: 16)
Bevölkerung:	5.9 Millionen (Weltrang: 102)
Landesstruktur:	Zentralregierung, 20 "Volksbezirke"
Sprachen:	Arabisch, Englisch, Italienisch
Religionen:	Sunnitische Moslems (97 %)
Währung:	Libyscher Dinar
Wirtschaftszweig:	Erdöl
Mitgliedschaften:	UN, ILO, FAO, IAEA, UNESCO, WHO, IWF, ICAO, UPU, WMO, AU, Bewegung der Blockfreien, IOC, WTO, OIC, OPEC, COMESA, AMU, Arabische Liga
Wichtigste Medien:	Staatlicher Rundfunk und Fernsehen; staatlich gelenkte Zeitungen

Naturraum und geographische Rahmenbedingungen

- Libyen ist ein Wüstenland. Mehr als 90 % der Landesfläche gehören zu ariden bzw. semiariden Gebieten mit Niederschlägen von weniger als 100 mm in Jahresmittel. Landwirtschaft ist ohne Bewässerung nur im küstennahen Tripoli-

tanien und in den Höhen des Djebel Al-Akhtar der Cyrenaika möglich. Der überwiegende Teil des Landes gehört zur Sahara, die im Bereich der Großen Syrte bis ans Mittelmeer heranreicht. Traditionell wird Libyen in die drei Großräume Tripolitaniens im Nordwesten, die Cyrenaika im Nordosten und den Fezzan im Westen aufgeteilt. Eine solche Aufteilung, die man auch heute noch in weniger ausgereiften Lexika und Nachschlagewerken findet, basiert auf kolonialen Einteilungen und vernachlässigt die weiten, extrem-ariden Räume der Sahara im Süden und Südosten des Landes. Die libysche Sahara ist durch eine Wechsellage von Becken- und Gebirgslandschaften gegliedert. Die Küstenebene Tripolitaniens wird nach Süden vom Sahararaum durch die Schichtstufe des Gebel Nefusa abgegrenzt, an den sich nach Süden zunächst die große Steinwüste Hamada-el-Homra und dann das Sandmeer von Ubarai als Zentrum des Fezzan anschließen. Sedimentgesteine bilden den gebirgigen Übergang nach Westen zum hauptsächlich auf algerischer Seite liegenden Tassili-Gebirge sowie nach Süden als Umrahmung der Großen Sandseen von Murzuk. Sand- und Kieswüstenabschnitte prägen den Südosten des Landes in der Umgebung der Kufra-Oasen, während das zentralsaharische Tibesti-Gebirge die Grenzregion zum Nachbarstaat Tschad markiert. Die größeren Oasen konzentrieren sich am Rande der Sandwüstengebiete (Ergs) und im Wadi Al-Adjal. Seit Tiefbohrungen nach fossilem Wasser dazu geführt haben, dass sich der Grundwasserspiegel der Jahrtausende alten Oasen so abgesenkt hat, dass die Wurzeln der Palmen ihn nicht mehr erreichen können, ist es insbesondere im Raum zwischen Gemma und Sebha zu verbreitetem Oasensterben gekommen.

Sowohl Tripolitaniens als auch die Cyrenaika sind durch einen Reichtum an historischen Stätten gekennzeichnet. Während römische Siedlungsspuren den nordwestlichen Landesteil prägen, sind es v.a. die beeindruckenden Zeugen griechischer Gegenküstenkolonisation, die den Nordosten des Landes zu einem attraktiven Ziel für Touristen machen. Mit Leptis Magna verfügt Libyen über die größte und mit Abstand am besten erhaltene römische Stadt des gesamten Mittelmeerraumes.

Geschichtliche Entwicklung bis zur Unabhängigkeit

Libyens Geschichte ist dokumentiert durch einen besonderen Reichtum an frühen Kulturschätzen, von denen heute ein Großteil den Titel UNESCO-Weltkulturerbe trägt. In der Zentralsahara hinterließen prähistorische Jägergruppen im Bereich des Wadi Matendous bereits von 10.000 bis 12.000 Jahren eindrucksvolle Felsgravierungen, die die damalige üppige Fauna zeigen. Neolithische Felsbildmaler haben zur Zeit der neolithischen Feuchtphase (6.000 - 3.500 v. Chr.) im Akkakus-Gebirge ihre Lebensweise als Rinderhirten doku-

mentiert, und an der Mittelmeerküste hinterließen zunächst griechische und phönizische Siedler Zeugnisse ihres Zusammenlebens mit den einheimischen Berbern, bevor Tripolitaniern ab dem 2. vorchristlichen Jahrhundert ins Römische Reich integriert wurde. Die damalige Hauptstadt Leptis Magna erlebte eine beispiellose Ausbauphase im 2. nachchristlichen Jahrhundert, als ein Sohn der Stadt, Septimus Severus, römischer Kaiser wurde. Heute ist Leptis Magna die größte noch nicht vollständig wieder ausgegrabene römische Ruinenstadt des Mittelmeerraumes. Die Islamisierung löste im frühen siebten Jahrhundert die byzantinische Epoche ab, wobei die eigentliche Arabisierung Libyens durch die Einwanderungswellen der Beduinenstämme der Beni Sulaim und Beni Hilal erst im 11. und 12. Jahrhundert erfolgte. Die eher lose Anbindung an das Osmanische Reich wurde 1912 durch die Eroberung von Tripolis und den Beginn der italienischen Kolonialherrschaft über Libyen abgelöst. Diese endete mit dem II. Weltkrieg. Bis heute sind jedoch die italienisch-libyschen Beziehungen von besonderer Intensität.

Die Vorstellung vom zentralen Mittelmeer als einem „Mare Nostrum“, einem Binnenmeer innerhalb eines politisch einheitlichen Einflussbereichs hat eine lange Tradition. Diese Ideologie wurde bereits von den Römern kurz nach der Zerstörung Karthagos (146 v. Chr.) entwickelt, um damit den Charakter des nordafrikanischen Gegenufers als integralem Bestandteil des Römischen Reiches zu unterstreichen. Die späte Kolonialmacht Italien griff diesen Gedanken wieder auf und baute ihn zur Zeit des italienischen Faschismus im Sinne einer Rechtfertigungsideologie weiter aus. An der Gestaltung des Landes, insbesondere der Hauptstadt Tripolis und dem klimatisch begünstigten Gebiet Tripolitaniens, haben Italiener maßgeblich mitgewirkt.

Bereits 1951 erlangte Libyen als eines der ersten Länder Afrikas die Unabhängigkeit. Seit Ende des II. Weltkriegs waren Tripolitaniern und die Cyrenaika von Großbritannien und der Fezzan von Frankreich verwaltet worden. Kurzzeitig hatte man erwogen, das Gebiet wieder unter Aufsicht der alten Kolonialmacht Italien zu stellen. Dann entschlossen sich die Mandatsmächte jedoch zum Modell einer konstitutionellen Monarchie nach britischem Vorbild mit König Idris I. als eingesetztem Staatsoberhaupt. Bereits 1952 verbot der König alle Gewerkschaften und die panarabischen Parteien.

Libyen war zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit eines der ärmsten Länder Afrikas. Diese Situation änderte sich grundlegend, nachdem 1959 umfangreiche Vorkommen qualitativ hochwertigen Erdöls im Bereich südlich der Großen Syrte entdeckt worden waren. Das Land wandelte sich innerhalb weniger Jahre von einer autarken Gesellschaft zur Importnation. In der Folgezeit wurde der Agrarbereich völlig vernachlässigt und eine Verlagerung vom primären auf den tertiären Sektor kennzeichnete neben einer umfassenden Landflucht weite Teile Libyens. Wirtschaftlich und außenpolitisch war das Land völlig von Großbritannien und den USA abhängig, die sowohl Erdölförderung und -

vermarktung kontrollierten, als auch militärische Stützpunkte im Land unterhielten. Innenpolitisch war Libyen von gravierenden sozialen Disparitäten und einem weitgehenden Ausschluss der Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen gekennzeichnet.

Bevölkerungsstruktur – speziell ethnische Zusammensetzung

Die Bevölkerung Libyens besteht zum weitaus überwiegenden Teil aus Arabern und arabisierten Berbern. Bei einer durchschnittlichen Bevölkerungswachstumsrate von 3,5 % ist die Altersstruktur der insgesamt 6,28 Millionen Libyer ausgesprochen jung. Etwa 16 % der Libyer sind jünger als 15 Jahre, was angesichts einer ebenfalls relativ hohen Arbeitslosenquote von 25 bis 30 % potentielle soziale und gesellschaftliche Problemkonstellationen künftiger Entwicklungen bedeutet. Die meisten Libyer leben in den relativ schmalen Küstenstreifen von Tripolitanien und der Cyrenaika, wobei die städtischen Zentren Tripolis, Benghazi, Homs und Misurata besondere Sogwirkung für den Zuzug von Land haben. Etwa ein Viertel der libyschen Bevölkerung ist berberischen Ursprungs. Die meisten von ihnen leben in der Gebirgsregion des Djebel Nefusa, in die sich ihre Vorfahren vor Jahrhunderten vor den einwandernden Arabern zurückzogen. Das Bekenntnis zu berberischen Wurzeln der Abstammung gewinnt in letzter Zeit immer größere Popularität, so dass Bevölkerungsstatistiken auch vor diesem Hintergrund neu gedacht werden müssen. Ein kleiner Teil der berberischen Bevölkerung Libyens lebt als Nomaden im Fezzan (Tuareg). In den städtischen Zentren des südlichen Sahararaumes leben zudem Libyer, die ethnisch zu den Tubu, den ursprünglichen Bewohnern des Tibesti (Grenzgebirge zu Tschad), gehören sowie Nachfahren früherer Sklaven aus Ländern südlich der Sahara. Von diesen dunkelhäutigen Libyern unterscheidet man in Libyen streng die eingewanderten Menschen aus subsaharischen Ländern, die entweder auf der Suche nach Arbeit nach Libyen kamen oder als Arbeitsmigranten über Libyen einen Weg nach Europa suchen. Libyen weist daher eine ausgesprochen heterogene Bevölkerungsstruktur auf.

Wirtschaftsstruktur

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen um eine Diversifizierung der libyschen Wirtschaft bestimmen nach wie vor das Auf und Ab des Ölpreises die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes. 95 % aller Wirtschaftsaktivitäten hängen mittelbar oder unmittelbar mit dem Export oder der Weiterverarbeitung von Erdöl zusammen. Die Probleme, welche sich aus einer solch einseitigen Abhän-

gigkeit ergeben, sind den Wirtschaftsplanern durchaus bewusst, Gegenmaßnahmen haben allerdings bislang noch nicht gegriffen. Dies ist nur teilweise auf die in den letzten Jahren gegen Libyen verhängten Wirtschaftssanktionen zurückzuführen, obwohl die Regierung bemüht ist, die Hauptgründe für wirtschaftliche Fehlentwicklungen auf externe Faktoren zurückzuführen.

Zwischen 1981 und 1996 steckte Libyen in einer Rezession, die vor allem durch den plötzlichen Nachfragerückgang bei Erdöl ausgelöst wurde. Um die Preise zu stabilisieren, musste die tägliche Fördermenge von 2 Mio. Barrel pro Tag auf 700.000 Barrel gedrosselt werden (1 Petro-Barrel = 42 Gallons = 158,87 dm³). Schon zu Beginn der Rezession wurde klar, dass der Landesentwicklungsplan von 18,5 Mrd. Libyschen Dinar (LD) bis 1986 nicht mehr würde verwirklicht werden können (1 Euro = 0,46 LD). Die Deviseneinnahmen aus dem Erdölgeschäft Libyens sanken von 22,5 Mrd. USD 1980 auf unter 10 Mrd. USD 1983 und schließlich weniger als 6 Mrd. USD 1986. Demgegenüber stieg die Auslandsverschuldung immer weiter an und erreichte 1991 3,5 Mrd. USD, bei einer 25 % umfassenden Inflation der Verbraucherpreise. Verschärft wurde diese Situation durch die 1992 gegen Libyen verhängten, inzwischen wieder aufgehobenen, UN-Sanktionen.

Kaum eine Institution symbolisiert die gegenwärtige Spagat-Situation Libyens zwischen Planwirtschaft einerseits und Marktwirtschaft andererseits so deutlich wie die sog. *Libyschen Märkte*. Dabei handelt es sich um periodische Märkte mobiler Händler, die auf tunesischem Gebiet abgehalten werden. Auf diesen Märkten verkaufen teilweise libysche, vor allem aber tunesische Händler Zigaretten, Tee und hochwertige Importwaren an Kunden aus Tunesien. Fernseher, Radio- und Videoanlagen, CD-Player und Satelliten-Empfangsanlagen machen einen Großteil des Warenangebots aus.

Ursprünglich stammen diese Güter aus Libyen, wo sie zu staatlich subventionierten Tiefpreisen angeboten werden. Der libysche Staat versteht die Bereitstellung von relativ hochwertigen Importgütern zu Niedrigpreisen als einen Teil der Fürsorgepflicht gegenüber seinen Bürgern. Die ohnehin bereits zu Mengenrabatt-Niedrigpreisen meist im Tausch gegen Öl importierten Waren werden zusätzlich mit staatlichen Mitteln subventioniert und ihr inner-libyscher Verkaufspreis so künstlich gesenkt. Die Waren gelangen über libysche Zwischenhändler und den Grenzübergang von Ras Ajdir auf die Märkte in Tunesien. Dabei ist die Gewinnspanne zwischen staatlich subventioniertem Verkaufspreis in Libyen und dem offiziellen Verkaufspreis in Tunesien so groß, dass trotz der Zwischenhändlerprovisionen und bestimmten „Grenzformalitäten“ noch Gewinne von 100-300 % erzielt werden können.

Im Hinterland von Sfax und Ben Guerdane in Tunesien gehören die Libyschen Märkte bereits zu den etablierten Handelseinrichtungen mit fester Umfriedung, stationären Ladenboxen und Flutlichtanlagen. Vor allem zur Zeit des Embargos florierten die Libyschen Märkte und fügten Libyen erheblichen

gesamtwirtschaftlichen Schaden zu. Dennoch wird diese Form der Schattenwirtschaft stillschweigend toleriert, da man sich einerseits auf diese Weise eine inoffizielle Deviseneinnahmequelle erhoffte und andererseits die Schmugglersituation unkontrollierbare Ausmaße angenommen hatte.

Seit Ende der 1990er Jahre deutet sich eine Überwindung der wirtschaftlichen Rezession an. Auch für diesen Trend sind wiederum externe Faktoren, v.a. die Entwicklung der Erdölpreise und die gestiegene Nachfrage nach libyschem Öl, ausschlaggebend. Libyen plant, einen Großteil der zu erwartenden Einnahmen in den weiteren Ausbau der Infrastruktur und die Modernisierung der Schwerindustrie zu investieren. Zunächst sind dafür 12-13 Mrd. USD vorgesehen. Die gestiegenen Mehreinnahmen werden sich voraussichtlich auch auf eine Belebung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Libyens auswirken. Der Allgemeine Volkskongress geht von einer realen Wachstumsrate des BIP von 4.7 % aus. Diese Erwartungen scheinen nicht zu hoch gegriffen, denn bereits 1999 hatte man mit ca. 4.2 % gerechnet, tatsächlich aber 5.4 % BIP-Wachstum erreicht.

Gaddhafi hatte zu Beginn des Jahres 2000 deutlich Kritik am bisherigen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung vor dem Allgemeinen Volkskongress geäußert. Vor allem die immer noch große Abhängigkeit Libyens vom Erdöllexport (95 % der Deviseneinnahmen stammen aus dem Erdölgeschäft) und die ausbleibenden Fortschritte beim Versuch der Diversifizierung der Wirtschaft wurden kritisiert. Unmittelbare Folgen der Intervention des Revolutionsführers waren die Kürzung der jährlichen Ausgabenansätze von 3.5 Mrd. LD (1999) auf 3,1 Mrd. LD (2000) und eine Änderung des Staatshaushaltsplans, die vorsieht, dass nur noch 20 % der Staatsausgaben von Öleinnahmen bezahlt werden dürfen. Hinweise darauf, wovon der Rest der Staatsausgaben in Zukunft zu bezahlen sei und was mit den verbleibenden Erdölgewinnen zu geschehen habe, enthielt die Direktive zunächst noch nicht.

Wichtiger als konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten, war an Gaddhafis Regierungskritik die Betonung der These, dass er selbst für Fehlentwicklungen nicht verantwortlich zu machen sei. Als Revolutionsführer ist er nach dem Selbstverständnis der libyschen Verfassung nicht Teil der Regierung, sondern steht außerhalb bzw. oberhalb derselben. Politikversagen kann daher anderen Verantwortlichen zugewiesen werden. Dementsprechend folgte Mitte 2000 eine Regierungsumbildung, die alle Züge eines revolutionären Umbruchs aufweist: Zunächst wurde die zentrale Regierungsgewalt weitgehend auf regionale Zuständigkeiten übertragen.

Entscheidend aber war, dass zwei Drittel der bisherigen Ministerien ersatzlos gestrichen wurden. Aus dem Ensemble der beständigen und neu geschaffenen Bereiche lassen sich die Schwerpunkte künftiger libyscher Politik ablesen. Bestätigt wurden lediglich das Ministerium für Produktion, das für Dienstleistungen sowie das Innen- und das Außenministerium, zu dessen Leiter der frühere Botschafter in Deutschland ernannt wurde. Auch das Ministerium für

Information, Kultur und Tourismus besteht weiterhin. Neu geschaffen wurde ein Ministerium für die Koordination der Beziehungen zu schwarzafrikanischen Ländern. Die die Erdölwirtschaft steuernde Energiepolitik wurde ganz der staatlichen Erdölgesellschaft übertragen, während das Verteidigungsressort ohnehin nicht zur Disposition stand und traditionell einer Gruppe von Gaddhafi-Vertrauten untersteht.

Nachdem 1999, pünktlich zum 30. Jahrestag der libyschen September-Revolution, das Prestige-Projekt des „Großen Künstlichen Flusses“ (Schliephake 1993), bei dem fossiles Wasser aus der Zentralsahara über ein landesweites Röhrensystem bis in die Küstenstädte geleitet wird, größtenteils abgeschlossen wurde, sind nun andere, nicht weniger ehrgeizige, Projekte geplant. Dabei geht es zwar auch wieder um den traditionellen Schwerpunkt des Infrastrukturausbaus, der in den vergangenen Jahren Libyen zu dem Land mit einem der besten Verkehrswegenetze Afrikas werden ließ. Vor allem aber soll auch in den Bereich der Petro-Industrie und in die Weiterverarbeitung von Erdöl investiert werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Modernisierung des Eisen- und Stahlwerks in Misurata. Angestrebt wird hier eine Verdopplung der derzeitigen Kapazität auf 1,2 Mio. t pro Jahr. Dafür wird die Lisco (Libyan Iron and Steel Company) Arbeiten im Wert von 20–25 Mio. USD vergeben.

Geplante Investitionen in Milliardenhöhe und ein tatsächliches Wirtschaftswachstum um 5 % setzen im Ausland deutliche Signale. Als Auftraggeber und Handelspartner ist Libyen bei ausländischen Firmen mittlerweile wieder ebenso beliebt wie gegen Ende der 1970er Jahre. Wichtigste Außenhandelspartner sind Italien und Deutschland. Mehr als 40 % der libyschen Exporte fließen nach Italien, gefolgt von Deutschland mit 17 %, Spanien mit 12 % sowie Sudan und Frankreich mit je 4 % Anteil an libyschen Exporten. Auch im Bereich des Imports nimmt Italien eine herausragende Position ein; 23 % der nach Libyen eingeführten Waren stammen aus Italien, 12 % aus Deutschland, 9 % aus Großbritannien und jeweils 7 % aus Frankreich und Tunesien. Politisch umstritten ist das jüngste libysch-französische Abkommen aus dem Jahr 2008, demzufolge Libyen zur Deckung zukünftiger Energieversorgung insgesamt sieben Atomkraftwerke erhalten soll.

Seit Jahren erschien Libyen durch seine Politik der bewussten Selbstisolation aus westlicher Perspektive als eines der unzugänglichsten Länder der arabischen Welt. Seit 1996 hat sich diese Situation grundlegend verändert. Seinen deutlichsten Niederschlag findet dies in der Öffnung des Landes für internationalen Tourismus und die stetigen Versuche, eine touristische Infrastruktur aufzubauen. Dabei wäre es falsch, diese Entwicklung mit ökonomischen Überlegungen in Verbindung zu bringen. Im Gegensatz zu seinen Nachbarländern Ägypten und Tunesien ist Libyen nicht auf Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche angewiesen. Dementsprechend antwortete das Ministerium für „Information, Kultur und Tourismus“ 2000 auf die Frage, warum man sich dennoch dem

Tourismus öffne, mit einem selbstbewussten „Weil wir das Potenzial dazu haben!“

Heute sind die Beziehungen zwischen Libyen und Italien wieder von besonderer Art. Dies gilt v.a. auf wirtschaftlichem Gebiet. Wichtigster Außenhandelspartner Libyens ist derzeit Italien. Zurückzuführen ist die enge Kooperation beider Staaten weniger auf post-koloniales Erbe oder räumliche Nähe als vielmehr auf die nicht näher quantifizierbare Tatsache, dass Italien auch bereits zur Zeit des noch bestehenden UN-Embargos gegen Libyen konsequent Berührungängste ab- und früher als andere Länder wieder Wirtschaftskontakte aufgebaut hat.

Die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien und Libyen liegt durchaus im beiderseitigen Interesse und drückt sich in einer Reihe von Privilegien für italienische Handelspartner aus. Bei rund der Hälfte der bis 2005 geplanten Investitionen im Bereich des Infrastrukturausbaus, für den insgesamt 12 Mrd. USD vorgesehen sind, sollen v.a. italienische Firmen berücksichtigt werden. Die Kooperation umfasst dabei sowohl die traditionellen Bereiche (Straßenbau, Wasserleitungen in Süd-Libyen, Nahrungsmittelindustrie, Erdölraffinerien und Pipelines) als auch neue spektakuläre Großprojekte. Dazu gehören der Bau einer Eisenbahnverbindung Tunesien-Libyen-Ägypten sowie die Verlegung einer 600 km langen Unterwasserleitung, durch die libysches Erdgas über Sizilien und Italien dem Weltmarkt zugeführt werden soll. Die Vereinbarungen zur Vermarktung des Sahara-Gases wurden Anfang 2000 zwischen dem libyschen Staat und zwei italienischen Firmen geschlossen.

Die Koordination der Wirtschaftsbeziehungen obliegt der italienisch-libyschen Beratungsgesellschaft ALI (Azienda Libica Italiana), die ihren Sitz in Rom hat. Bereits 130 italienische Unternehmen sind in der gemischt bilateralen Organisation zusammengefasst, während nach Aussage ihres Präsidenten, Abdul Rahaman Shalgam, weitere 30 Firmen auf Aufnahmeverträge warten. Die Regierung in Tripolis hat sowohl staatlichen italienischen Firmen als auch kleinen und mittelständigen Firmen, die in der ALI organisiert sind, eine besondere Vorzugsbehandlung bei Auftragsvergabeverfahren eingeräumt.

Aktuelle politische Entwicklung

Die jüngere Geschichte Libyens ist untrennbar mit dem Wirken von Muammar Al-Gaddhafi verbunden. Als Revolutionsführer lenkt er de facto seit 1969 unter wechselnden Amtsbezeichnungen die Geschicke des Landes und ist damit derzeit dienstältester Staatschef Afrikas. Gaddhafi wurde 1942 als Sohn einer Beduinenfamilie in der Nähe von Sirte geboren. Er besuchte zunächst eine arabische

Elementarschule, danach das Gymnasium und schloss sein Geschichtsstudium an der University of Libya mit einem Diplom ab. 1963 trat Gaddhafi in die Militärakademie ein und gründete bereits 1966 die Bewegung der „Freien Offiziere“. Als Hauptmann der libyschen Armee machte er sich 1969 zum Anführer eines unblutigen Militärputsches, setzte Idris I. ab und erklärte Libyen zur arabischen Republik.

Die von Gaddhafi propagierte sog. „Grüne Revolution“ ab Anfang der 1970er Jahre hatte sich die „nationale Befreiung“ von wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA und Großbritannien sowie die gesamtwirtschaftliche Nutzung der Erdölreserven zur Aufgabe gemacht. Alle ausländischen Banken sowie Erdölunternehmen wurden unter Gaddhafi verstaatlicht und die Militärstützpunkte fremder Mächte geschlossen. Die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft wurden in den Infrastrukturausbau des Landes investiert und nicht mehr im Ausland angelegt. Durch eine rasche Verbesserung der medizinischen Versorgung, die Implementierung einer umfassenden Primarschulbildung sowie eine großzügige Darlehens- und Kreditpolitik gelang Gaddhafi eine breite Akzeptanz seiner Politik in der Bevölkerung. Bis 1980 war Libyen das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen unter allen sozialistischen Ländern.

Ideologisch setzte sich Muammar Al-Gaddhafi sowohl vom Kapitalismus als auch vom Sozialismus östlicher Prägung bewusst ab. Er entwickelte einen dritten Weg, die sog. „Dritte Universal-Theorie“ (DUT), in deren Konzept basisdemokratische Elemente, Sozialismus, Islam, Pan-Arabische Ideen und v.a. die beduinische Tradition des „Sich-Beratens“ miteinander verwoben wurden. Die Grundzüge seiner Theorie legte der Revolutionsführer im sog. „Grünen Buch“ (Al-Qaddafi 1990) nieder. Entscheidender Unterschied zu den als „Volksdemokratien“ verschleierte Diktaturen des ehemaligen Ostblocks war dabei die Installation von sog. „basisdemokratischen Volkskongressen“, die laut Anspruch eine „Direktherrschaft des Volkes über das Volk“ gewährleisten sollten. De facto wurden dadurch jedoch alle Stationen zwischen Regierung und Basis ausgeschlossen. Politisch unantastbar wurde die Position des offiziell außerhalb der Regierung stehenden Revolutionsführers. Bei aller Kritik, die der „real-existierende libysche Sozialismus“ von unterschiedlichen Seiten immer wieder erfahren hat, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich dieses System offenbar als für Libyen besonders nachhaltig erwiesen hat.

Seitens des US-Außenministeriums wurde Libyen lange zusammen mit Afghanistan, Irak, Iran, Kuba, Nord-Korea, Pakistan, Sudan und Syrien auf der Liste der sog. „Schurkenstaaten“ zu führen. Vor allem mit Deviseneinnahmen aus dem Erdölgeschäft unterstützte Libyen in der Vergangenheit weltweit eine Vielzahl unterschiedlichster Organisationen. Zu den Günstlingen des libyschen Regimes gehörten u.a. PLO, IRA, muslimische Gruppen auf den Philippinen, schiitische und sunnitische Kampforganisationen im Libanon und wahrscheinlich auch kurdische Kommandos.

Als Vergeltung für die libysche Unterstützung von Terrororganisationen ließ der damalige amerikanische Präsident Ronald Reagan 1986 die Städte Tripolis und Benghazi bombardieren. Ziel dieser fragwürdigen Aktion, bei der bewusst zivile Opfer in Kauf genommen wurden, war es, Gaddhafi zu töten. Durch einen Zufall überlebte dieser jedoch, während seine Tochter umkam und andere Mitglieder seiner Familie verletzt wurden. Die in der Altstadt von Tripolis entstandenen Bombenschäden waren noch bis Anfang der 1990er Jahre zu sehen.

Die Diskussion um libysche Verwicklungen in internationale Terroraktionen konzentrierte sich in den letzten Jahren v.a. auf das Lockerbie-Attentat und den Anschlag auf die Berliner Diskothek La-Belle. Der libyschen Regierung wurde dabei vorgeworfen, hinter dem Bombenanschlag auf ein amerikanisches Verkehrsflugzeug zu stecken, das im Dezember 1988 über dem schottischen Ort Lockerbie abstürzte. Bei dem Anschlag waren alle 259 Insassen und elf Bewohner des Ortes ums Leben gekommen. Nach langem Zögern lieferte Libyen schließlich zwei mutmaßliche Attentäter aus, gegen die im Mai 2000 im ehemaligen amerikanischen Stützpunkt Camp Zeist in den Niederlanden ein Prozess nach schottischem Recht begann. Während Kritiker in dem Prozess v.a. ein Bauernopfer sahen, half die Auslieferung der beiden mutmaßlichen Attentäter Libyen weiter auf dem Weg aus der Isolation. Das Lockerbie-Gerichtsverfahren wurde Anfang 2001 abgeschlossen. Einer der beiden Angeklagten erhielt eine mehrjährige Haftstrafe, während der andere freigesprochen wurde.

Bei dem Anschlag auf die Berliner Diskothek La-Belle waren 1986 drei Menschen getötet und mehr als 200 verletzt worden. Seither wurde der libysche Geheimdienst verdächtigt, den Anschlag organisiert zu haben, da das Lokal v.a. von amerikanischen Soldaten besucht wurde und sich Libyen seinerzeit in einem eskalierenden Konflikt mit den USA befand. Auch hier zeichnet sich eine Wende ab, seit Libyen Anfang des Jahres 2000 einem deutschen Rechtshilfesuchen zustimmte und signalisierte, bei der Aufklärung des La-Belle-Falles mitzuwirken.

Vergleichbare Kooperationsvereinbarungen zur Aufklärung terroristischer Hintergründe wurden mit Frankreich und anderen europäischen Ländern getroffen. Den Höhepunkt seiner öffentlichen Abkehr vom internationalen Terrorismus inszenierte Gaddhafi durch seine Vermittlungen zur Befreiung der von muslimischen Separatisten auf der süd-philippinischen Insel Jolo gefangen gehaltenen Geiseln im Sommer 2000.

Während sich noch unter der Clinton-Administration die Anzeichen dafür häuften, dass man mehr und mehr bereit sei, Libyen ggf. von der Schurkenstaaten-Liste zu streichen, erlebten diese Überlegungen unter Präsident Bush eine Neubewertung. Erwartet wird, dass sich Libyen der Resolution des UN-Sicherheitsrats fügt und Entschädigungszahlungen an die Hinterbliebenen der Lockerbie-Opfer vornimmt. Insgesamt hat die Aufhebung des UN-Embargos

gegen Libyen nach Auslieferung der mutmaßlichen Täter 1999 und der Zahlung von Wiedergutmachungsgeldern wesentlich zur Öffnung des Landes beigetragen.

Während des EU-Afrika-Gipfeltreffens im Jahr 2000 fand der libysche Revolutionsführer in Kairo Gelegenheit, seine Wiederaufnahme in die Völkerfamilie vor allem durch Gespräche mit europäischen Regierungschefs medienwirksam zu demonstrieren. Dabei wurde die Neuorientierung der zukünftigen libyschen Außenpolitik deutlich: Sie besteht einerseits in einem verstärkten politischen Engagement im afrikanischen Bereich und andererseits in einer wirtschaftlichen Hinwendung zu Europa.

Nachdem Libyen in den letzten Jahren durch seinen Truppenrückzug aus dem zeitweise besetzten Nord-Tschad und den anschließenden Verzicht auf den umstrittenen Aouzou-Streifen im Grenzgebiet zu Niger und Tschad seinen Frieden mit der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) gemacht hatte, setzte sich diese im Gegenzug verstärkt für eine Lockerung der gegen Libyen verhängten UN-Sanktionen ein. Prominentester Fürsprecher war Nelson Mandela. An den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der libyschen Revolution im September 1999 nahmen auffallend viele Gäste aus schwarzafrikanischen Ländern teil. Im Jahr 2000 beteiligten sich sogar libysche Offiziere mit Billigung der USA an Friedenssondierungsgesprächen in der Demokratischen Republik Kongo. Beifall finden dürften v.a. auch die von Gaddhafi mit Vehemenz vorgetragenen Appelle an die Europäer, in denen er nach dem Credo „Lasst Afrika in Ruhe“ betont, dass man eine völlig andere Tradition und Kultur habe, Lebensmittel und Medikamente zwar benötige, aber keine Lektionen in Demokratie.

Geradezu revolutionär hingegen sind die libyschen Signale in Bezug auf eine künftige wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Europa. Mehrfach wurde die Bereitschaft bekräftigt, die Bedingungen der „Barcelona-Vereinbarungen“ zu akzeptieren, welche die Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern regeln, aber auch das Bekenntnis zu Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie beinhalten. Libyens frühere Forderung nach einem Ausschluss Israels wird nicht mehr aufrechterhalten. Nachdem Gaddhafi im libyschen Radio bereits verkündet hatte, dass „sozialer Kapitalismus“ möglicherweise doch der bessere Weg sei, erklärte er kürzlich gegenüber der ägyptischen Zeitschrift Al-Ahram enge Beziehungen zu Europa und die Eingliederung in die euro-mediterrane Partnerschaft zu seinen vorrangigen politischen Zielen.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hat sich Libyen aus seiner früheren Abseitsposition, die z.T. auf eine Politik der bewussten Selbstisolation, aber auch auf Sanktionen der Völkergemeinschaft zurückging, gelöst. Trotz vielfältiger Bemühungen zu einer Diversifizierung der Wirtschaft ist die libysche Entwicklung jedoch nach wie vor v.a. vom Weltmarktpreis für Erdöl abhängig. Die neue Öffnung des Landes findet ihren Niederschlag in einer bislang noch geplanten Liberalisierung der Wirtschaft und dem Ausbau des Tourismussektors,

während die außenpolitischen Schwerpunkte einerseits nach Schwarzafrika und andererseits in Richtung einer euro-mediterranen Integration gerichtet sind.

Literatur

- Ahmad, N.A. (1969) 'Die ländlichen Lebensformen und Agrarentwicklung in Tripolitaniern', *Heidelberger Geographische Arbeiten* 25 (Heidelberg).
- Bremer, A. (2009) *Zu Besuch beim Schurken. Strukturanalyse des Tourismus in Libyen unter besonderer Berücksichtigung des Wüstentourismus*. (Diplomarbeit, Bonn).
- Al-Qaddafi, M. (1990) *Das Grüne Buch* (Kairo, Berlin).
- Bantle, S. (1994) *Schattenhandel als sozialpolitischer Kompromiß: Die „Libyschen Märkte“ in Tunesien* (Münster, Hamburg).
- Bergs, R. (1987) 'Das Libysche Entwicklungsmodell und die wirtschaftliche Krise seit 1981' in Opershall, C. u. C. Teuber (Hg.) *Libyen* (Wien), S. 87-113.
- Clam, J.-J. u. H. Hebel (1987) 'Die Krise um Libyen', *Arbeitspapiere zur Internationalen Politik* 44, (Bonn).
- Cockburn, A. (2000) 'Libyen – Ende Bonn der Isolation', *National Geographic, Deutschland* 11, S. 112-141.
- Dittmann, A. (2001): 'Libyen – Land im Abseits?', *Geographische Rundschau* 53 (6), S. 12-17.
- Di Vita, A. (1996) 'Leptis Magna', *Antike Welt* 3, S. 173-190.
- Mattes, H. (1995) 'Außen-, innenpolitisches und soziales Konfliktpotential eines nordafrikanischen Staates: das Beispiel Libyen' in Deutsches Orientinstitut (Hrsg.) *Libyen im 20. Jahrhundert: zwischen Fremdherrschaft und Selbstbestimmung*, (Hamburg), S. 181-212.
- Schliephake, K. (1993) 'Libyens Bewässerung und der „Große künstliche Fluß“' in Popp, H. u. K. Rother (Hg.) *Die Bewässerungsgebiete im Mittelmeerraum*. Passauer Schriften zur Geographie, S. 185-192.